



# Protokoll

Datum:

28. April 2020

Ort:

Durchführung der Sitzung auf schriftlichem Weg  
(Zirkularverfahren)

Zeit:

---

Aktenzeichen: 924-3718/6/3

## Protokoll der 18. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol vom 28. April 2020

|                    |                            |                                                                                                                                |
|--------------------|----------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Vorsitz:</b>    | Luzius Mader               | Präsident<br>Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM<br>und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz                     |
| <b>Mitglieder:</b> | Elsbeth Aeschlimann        | Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen                                                                                      |
|                    | Urs Allemann-Caflisch      | Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener                                                                              |
|                    | Laetitia Bernard           | Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe                                                    |
|                    | Guido Fluri                | Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener                                                           |
|                    | Lisa Yolanda Hilafu        | Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene                                                                                 |
|                    | Barbara Studer Immenhauser | Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) |
|                    | Christian Raetz            | Leiter des «Bureau cantonal de médiation VD»                                                                                   |
|                    | Maria Luisa Zürcher        | Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe                                                                                           |
| <b>Ex officio:</b> | Reto Brand                 | Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM                                                                                 |
| <b>Protokoll:</b>  | Simone Anrig               | Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM                                                                                        |



## **1. Besondere Ausgangslage für die Sitzung**

Aufgrund der aktuell besonderen Umstände im Zusammenhang mit der Corona-Krise kann die Sitzung der beratenden Kommission/Cocosol nicht wie gewohnt im Gebäude des Bundesamtes für Justiz (BJ) stattfinden. In Absprache mit dem Präsidenten und den Kommissionsmitgliedern wird die Kommissionssitzung ausnahmsweise mittels eines Zirkularverfahrens durchgeführt, bei der allen Kommissionsmitgliedern die Gelegenheit eingeräumt wird, sich schriftlich zu allen wesentlichen Punkten zu äussern und bei dem anschliessend die Mitglieder auch über die Gesamtheit der eingebrachten Positionen informiert werden. Zu diesem Zweck haben die Kommissionsmitglieder alle notwendigen Informationen und Unterlagen vorab zusammen mit der Traktandenliste schriftlich erhalten.

Die Kommissionsmitglieder haben sich bis zum 28. April 2020 schriftlich zu den einzelnen Traktanden geäussert. In Bezug auf Personendaten wurde dabei die Vertraulichkeit selbstverständlich gewährleistet. Beim vorliegenden Protokoll handelt es sich somit um eine Zusammenfassung dieser Stellungnahmen.

## **2. Behandlung von Einzelfalldossiers, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung vorsieht bzw. von Grenzfällen**

Aus den letzten Kommissionssitzungen gibt es noch mehrere Gesuche, die nicht abschliessend behandelt werden konnten, weil noch Informationen beschafft bzw. Abklärungen getätigt werden mussten. Betreffend 4 Gesuche informiert der Fachbereich über das Ergebnis der Zusatzabklärungen. Aufgrund der schriftlichen Stellungnahmen der Kommissionsmitglieder sieht der Fachbereich schliesslich in 1 Fall eine Gutheissung und in 3 Fällen eine Abweisung (in einem davon unter dem Vorbehalt, dass weitere Abklärungen nicht doch noch zu einem anderen Ergebnis führen) vor.

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission insgesamt 4 weitere Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung (3 Fälle) bzw. die Diskussion eines Grenzfalles vorschlägt. Die Kommission empfiehlt alle 4 Gesuche zur Abweisung.

Seit der letzten Cocosol-Sitzung wurden den Kommissionsmitgliedern mit der Monatsliste Februar 2020 insgesamt 28 und mit der Monatsliste März 2020 insgesamt 7 Fälle unterbreitet, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah. In Bezug auf beide Monatslisten gingen seitens der Kommissionsmitglieder innert Frist keine Einwände ein.

## **3. Stand der behandelten Gesuche**

Bezüglich der bisher vom BJ behandelten Gesuche (d.h. rechtzeitig eingereichte Gesuche<sup>1</sup> zuzüglich verspätete Gesuche, bei denen die Frist ausnahmsweise aus wichtigen Gründen wiederhergestellt werden konnte<sup>2</sup>) können folgende Zahlen bekannt gegeben werden (Stand Ende März 2020):

---

<sup>1</sup> Bezüglich Einreichfrist für Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag vgl. Art. 5 Abs. 1 AFZFG und Art. 2 Abs. 1 AFZFV.

<sup>2</sup> Vgl. Art 24 des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren (VwVG).

|                                                                                                            | <b>Anzahl Gesuche</b>   |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|
| Gutheissungen insgesamt                                                                                    | 8666                    |
| Abweisungen, weil die Voraussetzungen für die Annahme der Opfereigenschaft nicht erfüllt sind <sup>3</sup> | 160                     |
| Negative Entscheide, weil die Gesuche offensichtlich unzulässig waren <sup>4</sup>                         | 88                      |
| <b>Total</b>                                                                                               | <b>8914<sup>5</sup></b> |

Überdies sind beim Fachbereich FSZM bisher 326 Gesuche nach Ablauf der Einreichungsfrist eingetroffen. In 54 Fällen konnte die Frist ausnahmsweise wiederhergestellt werden, weil die Frist aus wichtigen, zureichenden Gründen verpasst wurde. In 23 Fällen konnte die Frist jedoch nicht wiederhergestellt werden. Die übrigen Fälle sind noch offen bzw. werden erst nach Inkrafttreten der Gesetzesrevision (Aufhebung der Einreichungsfrist) bearbeitet. Wann dies der Fall sein wird, ist im Moment leider nach wie vor offen: Das Parlament hatte zwar in der Frühjahrs-Session 2020 dieses Geschäft behandelt. Da die Session aber infolge des Corona-Virus abgebrochen wurde, konnte die erforderliche Schlussabstimmung, die jeweils am letzten Tag einer Session stattfindet, leider noch nicht stattfinden. Deshalb ist im Moment noch unklar, wann die Gesetzesrevision tatsächlich in Kraft treten kann (vermutlich erst gegen Ende 2020, nach – unbenutztem – Ablauf der 100-tägigen Referendumsfrist).

#### **4. Fortführung der Arbeit der beratenden Kommission / Cocosol**

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Gesetzesrevision zur Aufhebung der Einreichungsfrist ist zwar im Moment noch unklar (vgl. Ziff. 3, letzter Abschnitt). Auf diesen Zeitpunkt hin wird aber die Gesuchsbearbeitung grundsätzlich zu einer Daueraufgabe des BJ werden. Entsprechend den Regeln des Verwaltungsrechts sollte die beratende Kommission/Cocosol, welche bis anhin nur ein befristetes Mandat hatte, per Inkrafttreten der Gesetzesrevision grundsätzlich in eine sog. «ausserparlamentarische Kommission» (APK) umgewandelt werden. Dies macht auch eine neue Einsetzungsverfügung durch den Bundesrat (anstatt wie bis anhin durch das EJPD) nötig. An der Funktion und Arbeit der Kommission (inkl. Taggeld) wird sich aber dadurch nichts ändern; die bisherige Art und Weise der Kommissionsarbeit hat sich bewährt. Derzeit läuft die Umfrage unter den bisherigen Kommissionsmitgliedern betreffend eine Weiterführung ihres Engagements unter den genannten neuen Vorzeichen. Diejenigen Kommissionsmitglieder, die sich bis jetzt noch nicht dazu geäußert haben, sind eingeladen, dies in den nächsten Wochen noch zu tun. Das Thema soll auch an der nächsten Kommissionssitzung noch kurz besprochen werden.

#### **5. Verschiedenes**

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission ist für Dienstag, 16. Juni 2020, vorgesehen. Sofern es die Anordnungen des Bundesrates im Rahmen der Covid-19-Verordnungen dann

<sup>3</sup> Art. 4 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 2 AFZFG.

<sup>4</sup> Z.B. Sachverhalt klar ausserhalb des zeitlichen oder sachlichen Geltungsbereich des AFZFG oder keinerlei Angaben aufgrund derer die Opfereigenschaft beurteilt werden könnte.

<sup>5</sup> Darin enthalten sind auch 54 Fälle, bei denen das Gesuch zwar erst nach dem 31. März 2018, d.h. nach Ablauf der Einreichungsfrist eingereicht wurde, die Frist aber aus wichtigen Gründen ausnahmsweise wiederhergestellt und das Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag gutgeheissen werden konnte.

gestatten, würde sie wenn möglich wieder (mit physischer Anwesenheit der Kommissionsmitglieder) im BJ stattfinden (ab 9.30 Uhr).

Für die zweite Hälfte 2020 müssten noch weitere Sitzungsdaten (idealerweise für ca. Mitte September und Ende November 2020) festgelegt werden. Hierzu wird eine Doodle-Umfrage stattfinden.

Ein besonderer Dank geht an alle Mitglieder für ihre Mitwirkung und die konstruktive Zusammenarbeit unter den aktuell besonderen Umständen.



# Procès-verbal

---

Date : 28 avril 2020  
Lieu : Séance tenue par voie de circulaire  
Heure :

---

Numéro de dossier : 924-3718/6/3

## Procès-verbal de la 18<sup>e</sup> séance de la commission consultative (Cocosol) du 28 avril 2020

|                        |                            |                                                                                                                                          |
|------------------------|----------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Présidence :</b>    | Luzius Mader               | Président<br>Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien directeur suppléant de l'OFJ |
| <b>Membres :</b>       | Elsbeth Aeschlimann        | Ancienne représentante des points de contact cantonaux                                                                                   |
|                        | Urs Allemann-Caflisch      | Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée                                                                    |
|                        | Laetitia Bernard           | Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate                 |
|                        | Guido Fluri                | Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée                                                             |
|                        | Lisa Yolanda Hilafu        | Présidente de Zwangsadoption-Schweiz, personne concernée                                                                                 |
|                        | Barbara Studer Immenhauser | Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)            |
|                        | Christian Raetz            | Chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud                                                                                   |
|                        | Maria Luisa Zürcher        | Ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate                                                                                      |
| <b>Ex officio :</b>    | Reto Brand                 | OFJ / chef de l'unité MCFA                                                                                                               |
| <b>Procès-verbal :</b> | Simone Anrig               | OFJ / unité MCFA                                                                                                                         |



## **1. Conditions particulières de la séance**

La séance de la Cocosol n'a pu avoir lieu comme d'habitude dans le bâtiment de l'Office fédéral de la justice (OFJ) en raison de la crise du Covid-19. Le président et les membres de la commission se sont entendus pour la tenir par voie de circulaire, tous les membres de la commission ayant eu la possibilité de s'exprimer par écrit sur tous les points importants et ayant été informés par la suite de tous les avis exprimés. Les membres de la commission ont donc reçu toutes les informations et tous les documents nécessaires à l'avance, avec l'ordre du jour.

Les membres de la commission ont formulé leur avis par écrit, avant le 28 avril 2020, sur les points à l'ordre du jour. La confidentialité des données personnelles a bien entendu été garantie. Ce procès-verbal est un résumé de tous les avis.

## **2. Discussion de dossiers individuels pour lesquels l'unité MCFA propose un rejet ou une non-entrée en matière et de cas limites**

Après les dernières séances de la commission, il restait encore plusieurs demandes n'ayant pu être réglées faute d'informations suffisantes ou parce qu'elles réclamaient des vérifications complémentaires. L'unité MCFA a informé les membres de la commission des résultats de ces travaux pour 4 demandes. Les avis livrés par écrit par ces membres l'ont amenée à approuver 1 demande et en rejeter 3 (à moins que, pour l'une d'elles, de plus amples vérifications aboutissent encore à un autre résultat).

4 demandes de plus ont été soumises à l'avis de la Cocosol pour sa séance du jour, pour lesquelles l'unité MCFA a proposé un rejet dans 3 cas et la discussion d'un cas limite. La commission a recommandé de rejeter les 4 demandes.

Depuis la dernière séance de la Cocosol, les membres de la commission se sont vu soumettre 28 demandes avec la liste du mois de février 2020 et 7 avec celle de mars 2020, pour lesquelles l'unité MCFA proposait une approbation. Ils n'émettent aucune critique.

## **3. État des demandes traitées**

En ce qui concerne le nombre de demandes traitées par l'OFJ à ce jour (c'est-à-dire les demandes déposées à temps<sup>1</sup> et celles déposées hors délai et pour lesquelles le délai a exceptionnellement pu être restitué<sup>2</sup>), le président annonce les chiffres suivants (état fin mars 2020) :

---

<sup>1</sup> En ce qui concerne le délai de dépôt des demandes de contribution de solidarité, voir art. 5, al. 1, LMCFA et art. 2, al. 1, OMCFA.

<sup>2</sup> Voir art. 24 de la loi sur la procédure administrative

|                                                                                                                                            | Nombre de demandes      |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|
| Approbations (total)                                                                                                                       | 8666                    |
| Rejets parce que les personnes ne remplissaient pas les conditions nécessaires pour que leur qualité de victime soit reconnue <sup>3</sup> | 160                     |
| Rejets parce que les demandes étaient manifestement irrecevables <sup>4</sup>                                                              | 88                      |
| <b>Total</b>                                                                                                                               | <b>8914<sup>5</sup></b> |

L'unité MCFA a reçu en outre 326 demandes hors délai. Dans 54 cas, le délai a pu exceptionnellement être restitué parce qu'il avait été dépassé pour des motifs importants et suffisants. Dans 23 cas, le délai n'a pas pu être restitué. Les autres cas sont encore en suspens ou ne seront traités qu'après l'entrée en vigueur de la révision de la LMCFA (suppression du délai). La date n'est malheureusement pas encore connue : le Parlement a traité l'affaire pendant la session du printemps 2020, mais cette dernière a dû être interrompue à cause du Covid-19 et le vote final n'a pu avoir lieu le dernier jour de la session comme le veut l'usage. C'est pourquoi on ne sait pas encore quand la révision entrera en vigueur (au plus tôt à la fin de 2020 si le référendum n'est pas demandé).

#### 4. Poursuite des travaux de la Cocosol

La date d'entrée en vigueur de la révision de la LMCFA visant à supprimer le délai de dépôt des demandes n'est pas encore connue (voir le dernier paragraphe du ch. 3). À cette date, le traitement des demandes se transformera en tâche régulière de l'OFJ. Conformément aux règles du droit administratif, la Cocosol, qui avait jusque-là un mandat limité dans le temps, aura le statut de « commission extraparlamentaire » avec l'entrée en vigueur de la révision. Ce changement nécessite aussi un nouvel acte d'institution du Conseil fédéral (au lieu du DFJP). Il ne modifie en rien le rôle et le travail de la commission (indemnité comprise) ; la manière de travailler de la commission a fait ses preuves. Un sondage est réalisé actuellement auprès des membres de la commission pour savoir s'ils souhaitent poursuivre leur engagement sous ces auspices. Ceux d'entre eux qui ne se sont pas encore exprimés sont invités à le faire dans les semaines qui viennent. Le sujet sera également abordé lors de la prochaine séance de la commission.

<sup>3</sup> Art. 4, al. 1, en rel. avec l'art. 2, LMCFA

<sup>4</sup> P. ex. faites clairement en dehors du champ d'application temporel ou matériel de la LMCFA ou absence d'informations permettant de conclure à la qualité de victime de la personne.

<sup>5</sup> Le chiffre englobe aussi 54 cas dans lesquels la demande a été déposée après le 31 mars 2018, c'est-à-dire hors délai, mais pour le délai a pu exceptionnellement être restitué et la demande approuvée.

## **5. Divers**

La prochaine séance de la commission consultative aura lieu le mardi 16 juin 2020. Si les décisions prises par le Conseil fédéral dans le cadre des ordonnances Covid-19 le permettent, elle aura lieu à l'OFJ, en présence physique des membres de la commission (dès 9h30).

Les dates d'autres séances devraient être fixées pour la seconde moitié de l'année 2020 (dans l'idéal mi-septembre et fin novembre 2020). Un sondage sera fait sur Doodle.

Le président remercie les membres de la commission pour leur participation active et leur collaboration constructive dans les circonstances particulières qui règnent actuellement.